

Die Zukunft der SPD

Anmerkungen zu Paul Mason (IPG) und zu Jan Böhmermann (ZDF Magazin Royale)

Karl Wohlmuth, Mai 2021

Immer stärker geraten sozialdemokratische Parteien in die Defensive. Dies trifft für Deutschland, Österreich, England, Frankreich und andere europäische Länder zu. Hingegen können sich sozialdemokratische Parteien in Ländern wie Dänemark, Portugal und Spanien noch bzw. wieder behaupten.

Der Artikel von Paul Mason (IPG 13. 5. 2021) zur Zukunft der Sozialdemokratie, vor allem zur Zukunft der Labour Party, ist gut lesbar, aber doch etwas oberflächlich. Die Labour Party wird im Dilemma der Abhängigkeit von zwei Gruppen von Wählern/Unterstützern dargestellt (die Arbeiter der Kleinstädte, die Sozialkonservativen einerseits und die Angestellten der Großstädte bzw. Metropolen, die Kosmopoliten andererseits). Beide Gruppen auf Dauer einzubinden, das überfordere die Labour Party. Die Lösung sei ein Plan A (die Hoffnung, aus den Reihen der Grünen und der Liberaldemokraten Wähler für Labour zu gewinnen) oder alternativ ein Plan B (ein formelles Wahlbündnis mit den Grünen und den Liberaldemokraten zu initiieren). Das Beispiel Hartlepool zeigt aber deutlich, dass die Wähler die Brexit-Politik der Labour Party so schnell nicht vergessen. Mit der Entscheidung, für den Brexit zu stimmen, hatten sich die Labour-Wähler nicht nur in Hartlepool für den Politiker Johnson und seine Partei entschieden. Der ehemalige Parteiführer der Labour Party, J. Corbyn, hatte ja auch kein Angebot für die Gruppe der Kosmopoliten, um diese als neue Gruppe an die Partei zu binden. Das Minus bei beiden Gruppen, bei den Sozialkonservativen und bei den Kosmopoliten, konnte der neue Parteiführer Keir Starmer bisher nicht wettmachen. Seit 2016 ist es zudem nie gelungen, ein Bündnis von Labour, den Grünen und den Liberaldemokraten herzustellen; da hätte Labour eine klare Führungsrolle übernehmen können und müssen. Auch K. Starmer hat das bisher nicht getan und verfolgt weiterhin den Plan A. Ergebnis: ein Wahldesaster für Labour. Also kann nur der Plan B eine Aussicht auf Erfolg versprechen, wenn das von Labour gut orchestriert wird. Die Gesellschaftsanalyse von Paul Mason ist aber auch insgesamt recht dürftig. Eine neue Strategie für Labour müsste daher altersgruppen- und regionalspezifisch sein, die Wirtschaftsstruktur und die Bildungslandschaft in den verschiedenen Teilen von England berücksichtigen und die Wertebasis in der Gesellschaft analysieren. England ist von der Bevölkerungszahl her dominant gegenüber den anderen drei Landesteilen, was auch zu oft in den Kommentaren übersehen wird.

Was hat die Perspektive von Labour mit der EU zu tun? Die EU-Länder und vor allem Deutschland und Frankreich haben bis heute nicht aus dem Brexit gelernt. Nach wie vor wird so getan, als seien die Briten einem Scharlatan zum Opfer gefallen und irgendwann würden sie schon sehen, dass sie einen Fehler gemacht haben und ohne die EU klar auf der Verliererseite sind. Leider haben auch die Sozialdemokraten in den EU-Ländern, vor allem die deutschen Sozialdemokraten, nicht aus dem Brexit gelernt. Die SPD mit Scholz strickt auch an dieser Legende, dass die Briten eben einen Fehler gemacht hätten und einem Scharlatan namens Johnson gefolgt seien. Die SPD ist nicht an vorderster Fron, wenn es um Reformideen für Europa geht (die beiden Parteivorsitzenden der SPD scheinen sich für diese Frage überhaupt nicht zu interessieren). Der Zustand der EU ist bedenklich, nach innen und nach außen. Der Zerfall der EU erfolgt schrittweise, in Österreich durch die von Kanzler S. Kurz eingeleitete Orban-isierung, in Dänemark durch eine Sozial- und Wirtschaftspolitik unter den Vorzeichen einer illiberalen und rigiden Asylpolitik, in Frankreich durch die von Macron mitinitiierte Auflösung bzw. Schwächung der Altparteien in deren Rolle als politische Gestalter, usw.

Nun zu Österreich und der von S. Kurz eingeleiteten Orban-isierung. Die politische Elite Österreichs hat in der Haft im KZ Mauthausen einen politischen Konsens für die Zeit nach der Nazi-Herrschaft formuliert. Beteiligt waren SPÖ, ÖVP und die KPÖ. So gelang es auch, nach 1945 die Teilung Österreichs nach dem Modell Deutschland zu verhindern. Die sowjetische Besatzungszone in Österreich war nicht separiert. Die Kanzler von der ÖVP (Figl, Raab, Gorbach, Klaus, und viel später Schüssel) und von der SPÖ (Renner als Staatskanzler 1945, Kreisky, Sinowatz, Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann, und Kern) haben die längste Zeit über große Koalitionen gebildet; es gab allerdings Ausnahmen der absoluten Mehrheit unter Kreisky bzw. kurze Perioden der Koalition von SPÖ und ÖVP mit der (frühen und dann der radikalen) FPÖ. Der Niedergang der ÖVP begann schon nach den Kanzlern Figl und Raab (1945-1961), nicht erst mit den Regierungen Schüssel/Haider und Kurz/Strache. Die SPÖ-Kanzler Kreisky und Vranitzky (mit der Zwischenepisode des erfolglosen SPÖ-Kanzlers Sinowatz 1983-1986) haben sehr erfolgreich die politische und ökonomische Modernisierung Österreichs vorangetrieben (1970-1997). Dann begann auch der Verfall der SPÖ. Die ÖVP und die SPÖ ließen aber immer die bewährte Sozialpartnerschaft als institutionelles Fundament Österreichs unangetastet arbeiten. Neue Ideen für die Modernisierung Österreichs wurden in den Parteiprogrammen der beiden Parteien nicht mehr entwickelt. Beide Parteien waren ideologisch, politisch und personell ausgezehrt. Es wäre notwendig gewesen, eine Gesellschaftsanalyse durchzuführen und zum Ausgangspunkt für Parteireformen zu machen und die Ergebnisse der Gesellschaftsanalyse dann in die Parteiprogramme und in die Parteigliederungen zentral und vor Ort umzusetzen.

Kanzler S. Kurz nutzte als Chef der „neuen türkisen ÖVP“ im Dezember 2017 die Chance, mit der FPÖ von Strache eine Regierung zu bilden, doch die Ibiza-Affäre beendete schon nach eineinhalb Jahren (Mai 2019) diese Koalition. Anfang 2020 kam es zur Koalition der „neuen türkisen ÖVP“ mit den Grünen. Zunächst erfolgte durch S. Kurz die Transformation der alten ÖVP als gut organisierte Volkspartei zu einem Verbund von Freundeskreisen, die Kurz direkt zuarbeiten (durch Schwächung der beruflichen Partei-Vereinigungen wie Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauernbund und Wirtschaftsbund, und durch die institutionelle Schwächung der christlichen und parteinahen Gewerkschaften in der ÖVP). Dann wurden die Medien (Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen) immer stärker beeinflusst (durch Einflussnahme auf den ORF¹, durch den Aufkauf von Medien durch „Freunde“, und durch die gezielte Schwächung des kritischen Journalismus in Österreich). Die Arbeit des Parlaments wurde durch die gezielte Schwächung der Untersuchungsausschüsse (der UAs) beeinflusst (der selbst belastete Parlamentspräsident der neuen türkisen ÖVP wurde Vorsitzender des Ibiza-UA), und schließlich wurde die Arbeit der Justiz zunehmend erschwert (etwa durch die Schwächung der Korruptions- und Wirtschaftsstaatsanwaltschaft und durch personalpolitische Maßnahmen). Ganz entscheidend ist auch die Art der Koalitionsarbeit von S. Kurz seit der Koalition mit den Grünen: während die Grünen überhaupt keinen Einfluss auf die Sachgebiete der ÖVP-Ministerien haben/beanspruchen dürfen, behalten sich S. Kurz und sein Politikkoordinator Finanzminister G. Blümel vor, die Vorlagen der grünen Minister streng zu kontrollieren und immer wieder zurückzuweisen. Die Grünen meinen nach wie vor, sie sollten in der Regierung bleiben, um Schlimmeres zu verhindern, nämlich die Rückkehr einer neuen ÖVP-FPÖ-Regierung (Kurz-Hofer).

¹ So wurde am 18. Mai 2021 berichtet, der nächste Parteitag der Jungen ÖVP werde zur Gänze vom ORF übertragen, mit allen Werbespots und Auftritten der Parteimoderatoren, und dies offensichtlich als Voraussetzung für die Weiterbestellung des ORF-Generaldirektors. Medienexperten sehen in dem Vorgang eine untragbare Aktion, da dies sonst nur in Ländern mit einem Staatsrundfunk üblich ist und solche Möglichkeiten anderen Parteien nicht gewährt werden.

Sebastian Kurz begann als zunächst liberaler Integrationsstaatssekretär in einer SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung und wandelte sich dann als Außenminister schnell zum strikten Gegner von Einwanderung, Aufnahme von Flüchtlingen und einer liberalen Asylpolitik. Die SPÖ wurde durch die Koalition der neuen ÖVP von S. Kurz und der FPÖ von Vizekanzler HC Strache aus der Regierung verdrängt; die Rolle der Oppositionspartei war der SPÖ nach Jahrzehnten in der Regierung eher fremd geworden und interne Querelen ließen lange Zeit keine konzeptionelle Arbeit in der SPÖ zu. Noch entscheidender aber war, dass die neue Regierung aus ÖVP und FPÖ die Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern (ÖVP-nahe Kreise) und Arbeitnehmern (SPÖ-nahe Kreise) gezielt attackierte und institutionell stark schwächte. Wichtige Programmpunkte der FPÖ (Ausländerfeindlichkeit) wurden von der „neuen türkisen ÖVP“ teilweise übernommen, doch die Ibiza-Affäre führte dann bald zum Ende dieser Koalition. Die (nach einem internen Parteizwist wiedererstarkten) Grünen wurden bald darauf als Juniorpartner in das Machtsystem Kurz integriert (aber ohne jeden Einfluss auf wichtige Politikfelder des Landes und mit nur marginalem Einfluss auf die eigenen Politikfelder). Die SPÖ wurde von der „neuen türkisen ÖVP“ schon während der ÖVP-FPÖ-Koalition durch die ständigen Angriffe auf die Sozialpartnerschaft (sie sei teuer, nicht effizient und nicht repräsentativ) inhaltlich und personell stark geschwächt; das Säen von Zwietracht in der SPÖ durch die Regierung Kurz (vor allem über die Personalpolitik, die Medien, und auch über die Schiene der Landesparlamente) wirkte massiv auf die Arbeitsweise der SPÖ ein. Die ÖIAG (die „Österreichische Industrieholding AG“ als Dach über alle Staatsbeteiligungen) war das Instrument von S. Kurz, um durch Personalpolitik seine Freundeskreise zu bevorzugen, zu ermächtigen und die Experten der SPÖ aus vielen Positionen der Wirtschaft (in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfunktionen) zu verdrängen.

Der Markenkern der Freundeskreise von S. Kurz ist die Personalpolitik in allen Bereichen der Verwaltung, der Kultur, der Medien, der Wirtschaft, etc. S. Kurz wurde jetzt einer Falschaussage im Ibiza-Untersuchungsausschuss überführt und wird wohl als erster Bundeskanzler der Republik Österreich angeklagt werden. Am Montag, 17. Mai 2021 wurde dies als Hauptmeldung in der Tagesschau (ARD, ZDF) berichtet. Den Ibiza-Untersuchungsausschuss möchte S. Kurz jetzt gerne mit Hilfe des ÖVP-Parlamentspräsidenten (gleichzeitig Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses) so umformen, dass die Zeit für Zeugenbefragungen verknappt wird und eidliche Aussagen umgangen werden können. Bei all diesen Machenschaften verlangt der Kanzler Sebastian Kurz aber absolute Loyalität von den Grünen, die gehorsam alle seine Vorgaben für die Koalitionsarbeit erfüllen sollen. Wie lange können die Grünen dies verantworten? Ein Hauptproblem für die österreichische Demokratie: die SPÖ und andere Oppositionsparteien haben gar keine Möglichkeit mehr, ihre inhaltlichen Programme in der Öffentlichkeit darzustellen. Durch die Ausrichtung der gesamten Politik des Landes und der Bundesregierung auf S. Kurz geht es bei der Oppositionsarbeit nicht mehr um Sach- und Fachdiskussionen, sondern nur um Nachfragen/Nachprüfungen bei Personalrochaden und um die Abwehr von gezielten Maßnahmen der Regierung zur institutionellen Schwächung der Oppositionsparteien. Die hohe Zustimmung für S. Kurz bei den Wahlen und in den Meinungsumfragen erklärt sich durch ein Klima des Personenkults um S. Kurz. Jan Böhmermann hat diese Imagepolitik von S. Kurz und seinen Freunden im „ZDF-Magazin Royale“ zum Thema „Türkise Autokratie“ sehr prägnant und gut recherchiert dargestellt (Link für Kommentar und Video: <https://www.stern.de/kultur/tv/jan-boehmermann-zerlegt-oesterreich-kanzler-sebastian-kurz-30518986.html>). Politikexperten im In- und Ausland sehen in dem Magazinbeitrag eher die Darstellung einer bitteren politischen Realität als eine politische Satire. Das Verbreiten von Images über einen gottgesandten Anführer S. Kurz, der Österreich in eine neue und gute Richtung verändere, ist gefährlich, wenn diese

Imagepolitik von demokratiegefährdenden Maßnahmen begleitet wird. Die Sorge um den Rechtsstaat Österreich wird größer.²

Es ist notwendig, dieses Beispiel des Verfalls und der Zerstörung der stolzen Sozialdemokratie von Österreich genau zu studieren. Andere europäische Länder (Dänemark, Großbritannien, Frankreich, etc.) sind in dieser Hinsicht auch interessant, doch liegen die Ursachen und Bedrohungen der Sozialdemokratie woanders. Auch die positiven Beispiele für eine aktive Sozialdemokratie - die Sozialdemokraten in Portugal und in Spanien – sollten tiefer analysiert werden. Eine immer wieder genannte Ursache des Verfalls der Sozialdemokratie in Europa liegt wohl in der fehlenden Gesellschaftsanalyse, aber auch dann, wenn diese vorgenommen wird, werden die Ergebnisse der Gesellschaftsanalyse nicht in die Parteiprogramme und in die Arbeit der Parteiinstitutionen (zentral und vor Ort) umgesetzt.

² Vgl. dazu: <https://www.merkur.de/politik/oesterreich-sebastian-kurz-ibiza-untersuchungsausschuss-falschaussage-justiz-ermittlung-90612517.html>